

# Bericht aus dem Rathaus

**Die Linke**

Kreisverband  
Schwerin

.....  
**Januar 2024**

## **Diskussion um Paulshöhe endet erneut mit einem Patt!**

Seit Jahren tobt eine erbitterte Debatte darüber, was aus der früheren Traditionsspielstätte in der Nähe des Schlossartens werden soll. Fest steht nur, Vereinsfußball und Ligaspielbetrieb wird es dort nicht mehr geben. Um eine möglichst hohe Akzeptanz für die zukünftige Nutzung zu erreichen, hatte die Landeshauptstadt ein Dialogforum eingerichtet. Bürgerinnen und Bürger der Stadt konnten sich bewerben, wer teilnehmen durfte entschied das Los. Dieses Forum hatte einen Entwurf erarbeitet, der vier Säulen für die künftige Entwicklung vorsah. Wohnen, Bildung, öffentliche Grünflächen (Bolz- und Spielplatz) sowie Gemeinschaftseinrichtungen.

Diesem Vorschlag sollte man folgen, warb Martin Frank für die Linksfraktion bei der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Es sei doch niemandem vermittelbar, dass am Ende eines so langen Prozesses jetzt vorerst nichts passiere. Doch es half nichts. CDU und Unabhängige Bürger blockierten die Beschlussfassung. 20 dafür Stimmen, 20 dagegen bei einer Enthaltung bedeuteten letztlich ein Patt und die Ablehnung der Vorlage. Beide wollen so viele Wohnungen, wie möglich bauen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Sozialwohnungen oder zumindest preiswerte Mietwohnungen sind wohl kaum das Ziel. Um es klar zu sagen, ein Viertel mit Millionärsvillen für Auswärtige ist allerdings auch nicht erstrebenswert und daher abzulehnen.

## **Wie weiter an der Brahmsstraße?**

Viele Jahre war das Gelände ein Schulstandort, zunächst als POS für Schülerinnen und Schüler aus der Weststadt, später als Berufsschulstandort. Danach diente als Wahllokal und zuletzt als Notunterkunft für Flüchtlinge aus der Ukraine. Nun scheint es Bewegung zu geben. Ein Antrag von CDU und Unabhängigen Bürgern fordert den OB auf, eine Ausschreibung zu veranlassen. Henning Foerster machte in der Debatte noch einmal klar, warum man lange zurückhaltend agiert habe. Die Vorhaltung von Notunterkünften und Ausweichstandorten bei Kita- und Schulsanierungen seien ursächlich dafür gewesen. Wenn nun eine Entwicklung des Areals geplant sei, dann würde die LINKE das befürworten. Allerdings müssten der Bolzplatz und die Sporthalle erhalten werden. Falls ein Erwerber plane, auch Bestandswohnungen abzureißen um das Gelände baulich neu zu ordnen, müsse er den betroffenen Mieterinnen und Mietern Alternativangebote, möglichst in örtlicher Nähe unterbreiten.

## **Heftige Debatte um die Rolle eines Integrationsbeirates!**

Nach heftigen Diskussionen beschloss die Stadtvertretung, den OB zu beauftragen, den Integrationsbeirat durch die Erstellung eines Satzungsentwurfs in seinen Aufgaben, Rechten und seiner Zusammensetzung weiterzuentwickeln. Orientierung über die Rechte und Pflichten des Beirates könnten die Satzungen des Kinder- und Jugendrates der Landeshauptstadt Schwerin bieten. Die Mitglieder des Integrationsbeirates sollen über die Stadtvertretung bestellt und abberufen werden. Auf diese Art und Weise soll Teilhabe für ca. 11.000 Schwerinerinnen und Schweriner mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, sagte Dr. Daniel Trepdorf in der Debatte. Er verwahrte sich gegen die durchschaubare Kritik von Rechtsaußen, die zudem fachlich jeglicher Grundlage entbehre. Es gehe nicht darum, dass Wahlrecht auszuhebeln, sondern vielmehr um eine sachgerechte Beteiligung migrantischer Einwohnerinnen und Einwohner Schwerins an Entwicklungen die sie besonders betreffen.

Sie suchen aktuelle Informationen über Linke Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de)

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

## **Optimierte Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Frauenhaus!**

Das Schweriner Frauenhaus unterbreitet ein wichtiges und notwendiges Hilfsangebot für von physischer und psychischer Gewalt bedrohte Frauen und deren Kinder. Jede dritte Frau in Deutschland (35%) hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft oder durch andere Personen erlebt. Die schwerwiegenden gesundheitlichen und sozialen Gewaltfolgen betreffen aber nicht nur die Frauen, sondern ebenso deren Kinder als direkt Betroffene oder Zeugen von häuslicher oder sexualisierter Gewalt, erklärte Wolfgang Block im Rahmen der Debatte. Bei häuslicher Gewalt gegen ein Elternteil, meistens gegen die Mutter, seien auch immer Kinder betroffen. Jede Frau bringe im Durchschnitt 1,2 Kinder mit ins Frauenhaus. Von diesem Hintergrund müssten Frauenhäuser stets auch die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen und entsprechende sozialpädagogische Angebote bereithalten. Mit dem Antrag ziele man darauf ab, die personelle Ausstattung mittelfristig zu verbessern.

## **Schweriner Sonderweg bei Bezahlkarte abgelehnt!**

Asylrechtsverschärfungen sind derzeit in aller Munde und treffen in der aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmungslage auch den Nerv nicht weniger Menschen im Lande. Davon wollten offenbar auch AfD und CDU im Schweriner Rathaus profitieren, als sie einen Sonderweg beim Thema Bezahlkarte beantragten. Man fühlte sich ein wenig an die Fabel von Hase und Igel erinnert, denn das Land M-V hatte eine Woche zuvor bereits die Weichen für die Einführung einer landesweit einheitlichen Bezahlkarte gestellt. Darauf wiesen auch Dr. Trepzdorf und Gerd Böttger in der Debatte hin. Minister Pegel hatte die Ausschreibung für Februar angekündigt. M-V strebe bei der Bezahlkarte eine auf die landeseigenen Bedürfnisse zugeschnittene Variante an, hatte er betont. Die Karte solle künftig zur Zahlung in Geschäften für Waren des täglichen Bedarfs wie eine gängige Girokarte genutzt werden können, Überweisungen ins Ausland würden nicht gestattet. Die kostenlose Bargeldabhebung eines noch zu definierenden monatlichen Betrags sei aber möglich. Voraussichtlich bis ins dritte Quartal werde das Vergabeverfahren für die Bezahlkarte laufen. Knapp wurde es am Ende trotzdem. Auch diese Abstimmung endete bei 20 dafür und 20 dagegen Stimmen mit einem Patt, was die Ablehnung des Antrages zur Folge hatte.

---

## **Links wirkt, auch im Kleinen!**

Es gibt verschiedene Instrumente, um Bürgeranliegen zu platzieren, Informationen zu erhalten und Entwicklungen anzustoßen. Anfragen, Prüf- und Berichtsanhträge oder Beschlussvorlagen für die Stadtvertretung zählen dazu. Ein Prüfauftrag der LINKEN zum Thema leicht lesbare IBAN-Formatierung in offiziellen Dokumenten der Landeshauptstadt Schwerin, bei allen kommunalen Gesellschaften, Eigenbetrieben und Beteiligungen umsetzen, führte direkt zum Ergebnis. Wie die Verwaltung jetzt mitteilte, erfolgt die Formatierung der IBAN auf offiziellen Geschäftsbriefen der Landeshauptstadt Schwerin sowie der Eigenbetriebe und Gesellschaften und auf der Homepage ab sofort entsprechend den Vorgaben der DIN 5008. Viele Einwohnerinnen und Einwohner der Weststadt fragen sich, wie es mit dem EKZ Lessingstraße nun weitergeht. DIE LINKE hatte dazu mehrere Anfragen gestellt. Im OBR wurde nunmehr mitgeteilt, dass der B-Plan-Entwurf vorliege. Es soll ein Vollsortimeter an die Stelle von Aldi und KIK ziehen, die Gebäude des Aldi und Rossmann sowie das Gebäude der Schneiderei sollen abgerissen werden. Anschließend soll wieder ein Nahversorgungszentrum entstehen, Aldi und Rossmann wollen bleiben. Der Parkplatz erhält Baumpflanzungen und es soll eine Tiefgarage mit 220 Stellplätzen neu entstehen. Der B-Plan soll im Frühjahr/Sommer diesen Jahres öffentlich ausgelegt werden. Frühestmögliches Baurecht wird es Ende 2024 so dass ein Baubeginn ab 2025 möglich ist.